

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 267-2014
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2014.RRGR.1206

Eingereicht am: 24.11.2014

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Graber (La Neuveville, SVP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Finanzdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Personen, die im Kanton Bern arbeiten, aber ausserhalb des Kantons wohnen: Auswirkungen auf die Kantonsfinanzen und die Berner Wirtschaft?

Die Berner Wirtschaft steht auf solidem Fuss und ist diversifiziert. Im interkantonalen Vergleich kennt der Kanton Bern eine tiefe Arbeitslosenquote (2,4 % im Oktober 2014), die unter dem nationalen Schnitt liegt (3,1 % im Oktober 2014). Die Kantonsfinanzen sind gesund. Viele beneiden uns um die Lebensqualität in unserem Kanton. Die jüngsten Statistiken zeigen, dass das BIP pro Einwohner des Kantons Bern (68 457 Franken) an neunter Stelle liegt (von 26). Dies ist ein ehrenvoller Rang, der von der Bedeutung des bei uns erwirtschafteten wirtschaftlichen Reichtums zeugt. Für dieselbe Referenzperiode zeigen die Statistiken des eidgenössischen Finanzdepartements, dass unser Kanton in Bezug auf das im Rahmen des eidgenössischen Finanzausgleichs berücksichtigte Ressourcenpotenzial leider nur an 22. Stelle liegt (22 842 gegenüber 30 727 Franken). Diese Situation hängt vorwiegend mit einem wahrscheinlich strukturellen Ungleichgewicht zwischen den im Kanton Bern angebotenen Arbeitsstellen und dem Wohnort der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusammen. Mit anderen Worten: Es gibt mehr Personen, die im Kanton Bern arbeiten, aber ausserhalb des Kantons Bern wohnen, als Personen mit Wohnsitz im Kanton Bern, die ausserhalb des Kantons arbeiten. Eine Erklärung dafür dürfte sicherlich sein,

dass die Bundesverwaltung im Kanton Bern angesiedelt ist, was glücklicherweise zur Schaffung vieler Arbeitsplätze im Kanton geführt hat. Viele dieser Arbeitsplätze werden indessen von Personen besetzt, die nicht im Kanton Bern leben. Dieses Phänomen scheint leider einer irreversiblen Entwicklung zu folgen, die namentlich mit der wachsenden Mobilität der erwerbstätigen Bevölkerung zusammenhängt.

Weitere Faktoren (wie z. B. die Höhe der Steuern) können ebenfalls Grund für das Ungleichgewicht zwischen den Arbeitsplätzen im Kanton und dem Wohnort der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein.

Diese Situation hat zwar sicherlich raumplanerische Vorteile, Nachteile gibt es aber insbesondere bei den Steuereinnahmen.

Wir sind uns bewusst, dass die politischen Behörden des Kantons Bern über keinen grossen Spielraum verfügen, um die Nachteile zu verringern und die Attraktivität unseres Kantons für all jene, die hier arbeiten, aber anderswo leben, zu vergrössern.

Der Regierungsrat wird um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Gibt es Statistiken über den Wohnort der Personen, die im Kanton Bern erwerbstätig sind?
2. Wenn ja: Wie viele Personen, die im Kanton Bern einer Erwerbstätigkeit nachkommen, leben ausserhalb des Kantons, und woher kommen sie (Ausland, anderer Kanton)?
3. Gibt es Statistiken über die Anzahl Personen, die ihren (zivil- und steuerrechtlichen) Wohnsitz im Kanton Bern haben, aber ausserhalb des Kantons arbeiten?
4. Wenn ja: Wie hoch ist ihre Zahl und wo arbeiten sie (in welchen Kantonen bzw. wo im Ausland)?
5. Sofern die verlangten Statistiken vorhanden sind: Wie hat sich die Situation in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?
6. Wie wirken sich die oben beschriebenen Phänomene auf die Kantonsfinanzen aus (heutige Situation und Entwicklung im Laufe der vergangenen Jahre)?
7. Wie wirken sich die oben beschriebenen Phänomene auf die Wirtschaft unseres Kantons aus?
8. Beabsichtigt der Regierungsrat, Massnahmen vorzuschlagen, um die Attraktivität unseres Kantons als Wohnkanton zu erhöhen?